

Ziviler Ungehorsam in präfaschistischen Zeiten

Italien ist lange nicht mehr so zerrissen gewesen wie seit der Machtergreifung der rechten Regierung im Sommer 2018. Während ziviler Ungehorsam wächst, rutscht das Land in eine präfaschistische Zeit, in der die Rechte aller beschnitten werden, nicht nur die der MigrantInnen und Geflüchteten.

Von Judith Gleitze (borderline europe)

Der 27. November 2018 wird als der schwarze Dienstag der italienischen Republik in Erinnerung bleiben, weil das Parlament das Sicherheitsdekret in Kraft gesetzt hat, das in klarem Widerspruch zu den Prinzipien unserer Verfassung steht. Dies geschah ohne eine parlamentarische Debatte. Das ist ein schlechtes Zeichen für unsere Demokratie!“, so die einleitenden Worte von Padre Alex Zanotelli für einen Aufruf im Dezember 2018 zum zivilen Ungehorsam in Italien. Zanotelli ist Priester des katholischen Ordens der Combonianer und seit jeher ein streitbarer Geist für Demokratie und Menschenrechte:

„Das Sicherheitsdekret ist auch für ItalienerInnen ein repressives Gesetz. So werden zum Beispiel Straßen- oder Eisenbahnblockaden (eine aktive gewaltfreie Strategie) zum Straftatbestand. Versammlungen von Personen (ein grundlegendes Element der Demokratie) können verboten werden. Ist dies vielleicht der Beginn eines Polizeistaates, der vom starken Mann gesteuert wird?“

Mit allen Mitteln ist die Regierung Conte mit ihrem Innenminister Salvini von

der rechtsgerichteten LEGA und den KollegInnen der Fünf-Sterne-Bewegung darum bemüht, den Kampf um Menschenwürde und Einsatz für Inklusion und Demokratie zu unterlaufen. Ganz klar gesagt werden muss dabei jedoch auch: Den Weg geebnet hat die vorhergehende demokratische Regierung sowie viele massiv die Rechte von MigrantInnen einschneidende Entscheidungen (wie z.B. die Einführung der Abschiebungshaft) von linksliberalen Regierungen. Es würde hier zu weit führen, all die schändlichen Versuche aufzuzählen. Fakt ist jedoch, dass ein Großteil der Bevölkerung dieser Trump-ähnlichen Politik der Fake News auf den Leim geht. Das zeigt sich in aktuellen Umfragen: Repräsentativ wurden 1.500 ItalienerInnen befragt und 55 % gaben an, mit der Regierung Contes einverstanden zu sein. Die Akzeptanz der beiden Parteien Lega und Fünf-Sterne-Bewegung liegt bei knapp 60 %.

Gibt es also überhaupt einen Widerstand in einem Italien, das scheinbar noch nicht verstanden hat, dass der omnipräsente Innenminister (der sich zu allen Themen äußert) alles auf das heikle Thema

Migration konzentriert, um von den sonstigen enormen Schwächen dieser Regierung abzulenken?

#apriteiporti – Öffnet die Häfen

Seit 2017 wird die zivile Seenotrettung in Italien immer wieder kriminalisiert. StaatsanwältInnen, Innenminister, Verkehrsminister – alle versuchen, die NGO-Schiffe von der Rettung abzuhalten. Als Vorwand gilt, man wolle den Menschenhändlern in Liby-

Salvinis. In Palermo kommt es auch zu ersten Treffen von kommunalen VertreterInnen und Menschen, die sich für Bewegungsfreiheit und Aufnahme Geretteter einsetzen. Die Kampagne #apriteiporti breitet sich im ganzen Land aus. Ende Juni nahm sogar die bekannte amerikanische Band *Pearl Jam* das Thema bei ihrem Konzert in Rom auf und ließ vor mehr als 50.000 ZuschauerInnen im Hintergrund der Bühne groß die Logos von #apriteiporti und #saveisnotacrime erstrahlen.

Eine Einbindung der Bevölkerung, die im Alltag eher wenig mit dem Thema zivile Seenotrettung zu tun hat, gelang am 14. Juli, dem wichtigsten Feiertag der sizilianischen Hauptstadt Palermo: Santa Rosalia, das Fest der Stadtheiligen, zu dessen Umzug gut und gern 400.000 Menschen zusammenkommen. „Santa Rosalia aprici i porti“ – „Santa Rosalia öffne uns die Häfen“ – war von vielen Balkonen auf Laken geschrieben zu lesen. Viele Teilnehmende kamen mit roten T-Shirts bekleidet, einem Zeichen der Ablehnung der salvinischen Politik im Sommer 2018.

Der Fall der Diciotti – #restiamoumani

Ende August 2018 legte das Schiff „Diciotti“ der italienischen Küstenwachen nach einer tagelangen Odyssee im Hafen von Catania an. Doch auch hier durften die 177 noch an Bord befindlichen Geflüchteten das Schiff nicht verlassen. Vom 16. bis zum 25. August blieben sie Gefangene an Bord. Mit der Verweigerung der Anlandung für ein Küstenwachschiff zeigte Salvini endgültig, dass er die Hafenschließung vehement verteidigt. Doch der sich daraufhin in Catania formierende Protest der Bevölkerung, die über Tage einen dauerhaften Sit-In im Hafengelände aufrechterhielt, zeigte, dass diese Politik nicht mehr kritiklos hingenommen wird. #restiamoumani – bleiben wir menschlich – hieß die Parole.

Doch es formierte sich immer mehr Protest, auch auf kommunaler Ebene.

en das Handwerk legen. Fakt ist: Mit jeder/m nach Libyen zurückgeschickten Geflüchteten wird das Geschäft weiter angekurbelt, da die Betroffenen dort erneut gefangen gesetzt, verkauft, versklavt, erpresst und misshandelt werden. Seit dem Antritt Salvinis als Innenminister im Juni 2018 sind die italienischen Häfen faktisch geschlossen, auch wenn es dafür keinerlei rechtliche Grundlage gibt. Das führte auch schon im letzten Sommer zu langem Tauziehen um die Zuweisung von Häfen für die Rettungsschiffe. Doch es formierte sich immer mehr Protest, auch auf kommunaler Ebene: Die Bürgermeister verschiedener süditalienischer Städte, darunter auch Neapel, Messina und Palermo, erklärten sich solidarisch und bekundeten ihre Bereitschaft, die Geretteten aufzunehmen. Landesweit fanden spontane Kundgebungen statt. Gut tausend Menschen demonstrieren auch in Palermo für die Öffnung der Häfen und gegen die Abschottungspolitik



Neben rechtlichen Schritten, die nicht nur von antirassistischen Gruppen und Organisationen, sondern auch vom Staatsanwalt von Agrigento gegen Salvini eingeleitet wurden, befanden sich Dutzende von Menschen rund um die Uhr am Hafen. Schließlich musste Salvini klein beigeben. Das Ministerialgericht (zuständig für Klagen gegen RegierungsvertreterInnen) an das sich der Staatsanwalt gewandt hatte, kündigte im Januar 2019 an, die Klage gegen den Innenminister im Fall Diciotti führen zu wollen. Das hat in der Regierung zu großen Diskussionen geführt, da der Senat der Anfrage zustimmen muss. Rechte Teile der Regierung lehnen das Verfahren ab, da Salvini – wie er auch selber sagt – im Namen der Sicherheit und im Interesse des Staates gehandelt habe.

Mediterranea – eine zivilgesellschaftliche Plattform des Widerstandes

„Wir segeln auf dem Meer mit dem Bewusstsein, dass wir dort sind, wo wir nicht sein wollen, denn es sollte keine Menschen geben, die gezwungen sind, zu Schiffbrüchigen oder zu Rettern zu werden.“ Die

wahre Sicherheit sei die der Rechte. So wurde am 4. Oktober 2018 die neue Mission *Mediterranea* mit ihrem Schiff *MARE JONIO* in Rom vorgestellt. Diese wird von Einzelpersonen, PolitikerInnen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen und Organisationen wie dem landesweiten *Arci, Ya Basta* aus Bologna, der *Sea-Watch, Pro Activa Open Arms*, dem Online Magazin *I Diavoli*, sozialen Unternehmen wie dem *Moltivolti* aus Palermo und vielen anderen unterstützt und betrieben. Ein Novum: Das Schiff fährt unter italienischer Flagge. *Mediterranea* ist eher eine zivilgesellschaftliche Plattform denn eine Rettungs-NGO. Das unterscheidet sie grundlegend von Organisationen wie *SOS Méditerranée* oder *Sea-Watch*, die als kleine Gruppe eine Seenotrettungs-NGO gegründet und dann Unterstützung aus der Bevölkerung gesucht haben. 700.000 Euro mussten für die *MARE JONIO* vorfinanziert werden, mehr als 500.000 Euro sind durch Spenden – die größte Einzelspende betrug 10.000 Euro – in den vergangenen vier Monaten eingegangen.

„Sollten wir erwarten, dass Salvini auch für uns den Hafen sperrt? Wir sind ein italie-

Am 4. Januar demonstrierten Hunderte von Menschen in Palermo, um Bürgermeister Orlando zu unterstützen.

nisches Schiff mit einer italienischen Flagge. Darauf werden sie dann antworten müssen. Wenn sie uns daran hindern, Geflüchtete an Land zu bringen, werden wir nicht stillhalten, sondern sehr laut werden“, so Erasmo Palazzotto von der linken Partei *LeU* (Freie und Liberale), der sich beim ersten Einsatz an Bord befand.

Doch Salvini reagierte natürlich sofort: „Ein Schiff voller heruntergekommener Typen aus den sozialen Zentren, die rausfahren, um drei Seehechte zu fangen“, wütet er im Radio. Natürlich sei seine Antwort „Nein“: „Macht was ihr wollt, nehmt ein Tretboot, ich bin ein Demokrat [sic!]. Sie können hinfahren wohin sie wollen, nach Italien kommen die sozialen Zentren jedenfalls nicht.“ *Mediterranea* hat sich mit der Organisation *Pro Activa Open Arms* aus Spanien und der *Sea-Watch* aus Deutschland zu *United4 Med* zusammengeschlossen. Die Plattform ist auf jeden Fall eine spannende Herausforderung für die rechte Regierung und eine auf breiter Ebene unterstützte Mission für fundamentale Rechte.

Wir sind alle illegal – Freiheit für Mimmo

Auch im Fall Riace gab es letztes Jahr eine breite landesweite Bewegung, die gegen die Entscheidungen des Innenministeriums demonstrierte: Domenico „Mimmo“ Lucano, ehemaliger Bürgermeister der kleinen kalabrischen Kommune Riace, wurde im Herbst von der Polizei unter diversen Vorwänden unter Hausarrest gestellt. Seit Jahren leitete er eines der wenigen Projekte, die tatsächlich eine Inklusion der MigrantInnen anstrebte: Die kleine Stadt in den kalabrischen Bergen war faktisch tot, die meisten BewohnerInnen hatten sie verlassen. Lucano siedelte hier in einem Projekt Geflüchtete an. Sie betrieben eigene kleine Geschäfte und hauchten dem

Städtchen wieder Leben ein. Salvini war dieses Projekt immer ein Dorn im Auge. Mindestens 5.000 Menschen kamen zur Demonstration am 6. Oktober nach Riace, weitere folgten landesweit. „Von KatholikInnen über soziale Zentren, von Gewerkschaften über MusikerInnen: Die Demonstration in Reggio Calabria in Solidarität mit Mimmo Lucano gegen die Maßnahmen des Innenministeriums“, schrieb die Tageszeitung *La Repubblica* am 16. Oktober.

„Verschieden, aber unzertrennlich“

Am 27. November verabschiedete der Senat in einer Vertrauensabstimmung das Migrations- und Sicherheitsdekret endgültig als Gesetz. Die Vertrauensfrage gilt als politisches Instrument der Erpressung. Es wurde bisher von allen Regierungen missbraucht, um jegliche Möglichkeit der Opposition zu verhindern. Viele Gruppen riefen für den 10. November zu einer Kundgebung in Rom auf. „Sie sollte zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung gegen das Sicherheitsgesetz ist. Der große Zuspruch für die Kundgebung war selbst für die Organisationen überraschend“, berichtete Peppe Platania für die NGO *Borderline Sicilia* über die Demonstration.

Zwei Kilometer lang war der Zug, rund 100.000 Personen nahmen teil. Über 450 Organisationen hatten aufgerufen. Gewerkschaften, Vereine, Bewegungen, NGOs, soziale Zentren, Parteien, einzelne BürgerInnen und vor allem hunderte MigrantInnen zogen mit dem Slogan „Verschieden, aber unzertrennlich“ durch die Straßen Roms. Die TeilnehmerInnenzahl erschreckte die Regierung. Sie setzte eine übertrieben hohe Zahl an Polizeipersonal ein und ließ Kontrollposten bei jeder Autobahnausfahrt errichten, um die Ankunft der KundgebungsteilnehmerInnen in Bussen zu verzögern. Die Ordnungskräfte

führten, mittels Videoaufnahmen der TeilnehmerInnen und flächendeckender Personendurchsuchungen, Kontrollen durch. Doch der Versuch, die Kundgebung auf diese Art zu stoppen oder die TeilnehmerInnenzahl zu reduzieren, schlug fehl. Die Kontrollen verzögerten lediglich den Start des Protestmarsches. Mimmo Lucono, der zu der Zeit immer noch unter Hausarrest stand, führte den Demonstrationzug an. Auffällig war, dass trotz der großen Beteiligung kaum italienische, sondern nur ausländische Fernsehstationen und JournalistInnen präsent waren.

Der italienische Widerstand endete nicht mit der großen Demonstration in Rom im letzten November. Eine weitere folgte im Dezember. Immer wieder gibt es kleinere Protestaktionen in vielen Städten und in Sizilien gründete sich ein inselübergreifendes antirassistisches Netzwerk.

Anfang Januar widersetzen sich dann auch diverse Kommunen und Landesregierungen dem neuen Sicherheitsgesetz Salvini und dessen Umsetzung. Sardinien, Toskana, Umbrien und Piemont haben inzwischen Klage gegen das Gesetz beim Verfassungsgericht eingereicht. Am 4. Januar demonstrierten Hunderte von Menschen in Palermo, um Bürgermeister Orlando zu unterstützen, der die in seiner Entscheidungsgewalt liegenden Maßnahmen, wie z.B. keine Wohnsitzerteilung für Asylsuchende, nicht umsetzen will. Doch an diesem Tag galt es nicht nur Orlando zu unterstützen. Mediterranea machte auch auf den Umstand aufmerksam, dass die *Sea-Watch* seit zwei Wochen auf die Zuweisung eines Hafens für zwei Wochen zuvor von ihr Gerettete wartete: „Die Logik der geschlossenen Häfen produziert wie das Sicherheitsdekret eine starke Verunsicherung, Desaster, Schmerz, Wut und Tote, aber auch die Empörung der Zivilgesellschaft. Wir müssen



ein starkes Netz des zivilen Ungehorsams aufbauen“, so Luca Casarini. Einen sehr schönen Beitrag zu zivilem Ungehorsam leisteten im Dezember auch die BürgerInnen von Neapel, die sich dem Aufruf ihres Bürgermeisters anschlossen, die Geretteten der *Sea-Watch* aufzunehmen.

Ebenso groß ist der Widerstand im sizilianischen Syrakus und Catania, als die *Sea-Watch* Ende Januar erneut die sich an Bord befindenden 47 Geretteten nicht an Land bringen durfte, da Salvini vehement gegen eine Öffnung der Häfen ist. Weiße Laken hängen von den Balkonen Syrakus, der Stadt des Tyrannen Dionysos. Der Chor des Nationalen Instituts für Antike Dramen INDA singt spontan für die Freilassung und gründet ein Netzwerk.

Der zivile Ungehorsam nimmt Formen an. Unter dem Hashtag *#facciamolis-cendere* – lassen wir sie an Land bringen –

Der Protest in Catania zeigte, dass diese Politik nicht mehr kritiklos hingenommen wird. *#restiamoumani* – bleiben wir menschlich – hieß die Parole.

kommen diverse Gruppen und Vereine zusammen, um der Hass und Rassismus fördernden Haltung der Regierung etwas entgegen zu setzen.

Aus kleinen einzelnen Gruppen entstehen im ganzen Land Verbindungen, die hoffentlich die Kraft entwickeln, als Netzwerke auch weiterhin zivilen Widerstand zu leisten. Doch machen wir uns nichts vor, Salvini Politik der Angst und der Beförderung der Vorurteile, sein Sarkasmus und seine medienwirksamen Strategien kommen bei vielen Menschen gut an. Mag der zivile Widerstand auch wachsen, xenophobe Haltungen und Handlungen nehmen ebenso zu. Die Regierung hat es geschafft, diese salonfähig zu machen. Mehr als drei Millionen „Likes“ auf Facebook für Salvini, während 150 Männer, Frauen und Kinder zeitgleich an einem der kältesten Tage im Januar als Folge des Sicherheitsgesetzes aus einem Aufnahmezentrum bei Rom geworfen und auf die Straße gesetzt werden. Und nicht nur die „Likes“ sind ein Problem, sondern auch die stetig steigende Gewaltbereitschaft, angeheizt von eben diesen Posts. Fabrizio Gatti von der Wochenzeitung Espresso bringt es auf den Punkt: „Die Bedrohung von heute ist das Publikum der Lega von drei Millio-

nen und vierhunderttausend ItalienerInnen, die nicht mehr denken. Auch wenn ihr Idol von den fünf Millionen Landsleuten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten spricht: Er ist der Führer einer Partei, der den italienischen Staat um 49 Millionen betrogen und noch nicht zurückgegeben hat. Und nach (der Räumung) Castelnuovos werden das Asylzentrum von Mineo in der Provinz Catania und andere Zentren an der Reihe sein. Wir brauchen Chaos. Die Propagandamaschine braucht Spannung, damit man den großen Diebstahl vergisst.“ Die Hasskommentare werden nicht einmal auf der offiziellen Seite des Innenministeriums gelöscht.

Eine rechte, hier und da klar faschistische, Renaissance überrollt derzeit ganz Europa. Italien ist da keine Ausnahme. Wir können nur hoffen, dass wir es dieses Mal schaffen, dem etwas entgegenzusetzen.

Weitere Infos von borderline europe zu Salvini Italien:

<https://www.borderline-europe.de/projekte/seenotrettung-ist-kein-verbrehen>

<https://www.borderline-europe.de/projekte/newsletter-italien>

<https://www.borderlinesicilia.org/de/>

Im ganzen Land entstehen Verbindungen, die hoffentlich die Kraft entwickeln, als Netzwerke auch weiterhin zivilen Widerstand zu leisten.

